

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 11/2010

Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik - Persönliche Notizen

Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts

Gleich zu Beginn dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Sondersitzung die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Mit den Vorschlägen der Bundesregierung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014 liegt ein faires und ausgewogenes Programm vor, das in die richtige Richtung weist.

Folgende Eckpunkte liegen dem Beschluss der Bundesregierung zu Grunde:

1. Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2013 zwölf Milliarden Euro zusätzlich für Forschung, Bildung und Entwicklung bereit zu stellen. Trotz der angespannten Haushaltslage hat für die Koalition Bildung und Forschung Vorrang.
2. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen werden auf den Prüfstand gestellt: In dieser Legislaturperiode wird es keine neuen Subventionen geben, und bestehende werden nicht erhöht. Eine ökologische Neujustierung wird zur Besteuerung der Kernenergie führen. Sie ist notwendig, um Zusatzgewinne abzuschöpfen und die Kernkraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten des Endlagers Asse

zu beteiligen. Auch die geplante nationale ökologische Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere, die von einem inländischen Flughafen abfliegen, ist ein richtiger Schritt und wird ihre ökologische und ökonomische Wirkung entfalten.

3. Die Bundesregierung bekennt sich zum System der sozialen Sicherung, doch auch bei den Sozialleistungen sind Einschnitte unumgänglich. Das Elterngeld zum Beispiel hat sich als erfolgreiches Instrument der Familienpolitik erwiesen. Dennoch wird die Lohnersatzrate moderat von 67 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt. Gleichzeitig bleibt der Höchstbetrag von maximal 1.800 Euro im Monat bestehen.

4. Das Bundesministerium der Verteidigung wird sich ebenfalls an der Konsolidierung des Bundeshaushaltes beteiligen. Dafür ist vorgesehen, dass bis September 2010 Vorschläge für eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten bei gleichzeitigem Erhalt der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands für Einsatz- und Bündnisfähigkeit unterbreitet werden.

5. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität von Staat und Gesellschaft. Gleichwohl ist mit Blick auf die neue Schul-

denregel ein adäquater Konsolidierungsbeitrag der Bundesverwaltung erforderlich. So sollen bis zum Jahr 2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

6. Die Bundesagentur für Arbeit wird in ihrer Autonomie gestärkt werden, so dass sie mittel- und langfristig ohne Darlehen oder Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wirtschaften kann.

7. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung in Bezug auf die Kommunen. Daher wird die eingesetzte Gemeindefinanzkommission Vorschläge erarbeiten, die Kommunen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen.

8. Um Finanzmarktkrisen, wie die gegenwärtige, zukünftig zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft - Haftung und Verantwortung - wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dafür wird die Bundesregierung zügig die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bankenabgabe schaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll.

Durch diese Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2014 insgesamt rund 81,6 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden.

Nur mit den genannten Maßnahmen wird es möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

Verbot von Leerverkäufen

In erster Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte, welches spekulative Werten auf fallende Kurse zukünftig unterbindet, debattiert. Der Gesetzesentwurf, den die christlich-liberale Koalition im Bundestag eingebracht hat, hat zum Ziel, zukünftig in Deutschland alle ungedeckten Leerverkäufe zu verbieten.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will mit der deutschen Initiative eine europäische Lösung voranbringen. "Der Vorwurf des nationalen Alleinganges ist üblich, aber beeindruckt mich nicht mehr so sehr", sagte Schäuble während der Bundestagsdebatte. Die Finanzmärkte benötigten strengere und effizientere Regeln. Die modernen Finanzmärkte mit ihren internationalen Verflechtungen und ihren innovativen Instrumenten hätten, auch durch "ausgeprägtes Herdenverhalten", die Schwankungen verschärft.

Daher stimme die frühere Behauptung, dass Spekulationen auch eine stabilisierende Funktion hätten, nicht mehr, stellte Schäuble fest. Die Akteure an den Finanzmärkten hätten kein Interesse an ruhigen Märkten, weil sie dann weniger verdienten. Die modernen Finanzmärkte könnten "die Bemühungen der Politik konterkarieren, in einer Krise rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen und die Lage zu stabilisieren", warnte der Bundesfinanzminister. Die sich dramatisch verschlechternden Refinanzierungsbedingungen Griechenlands, Portugals und Spaniens ließen sich nur zu einem Teil durch sich verschlechternde ökonomische Fundamentaldaten erklären.

Job-Center-Reform geht voran

In dieser Woche hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Haushaltsperre zur Entfristung von 3.200 Stellen im SGB II-Bereich aufgehoben. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle MdB, und der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Arbeit und Soziales im Haushaltsaus-

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

schuss des Deutschen Bundestages, Axel Fischer MdB, erläuterten dazu:

„Nach wie vor steht die Arbeitsverwaltung vor großen Herausforderungen. Trotz der erfreulichen Entwicklung der Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten wäre es verfrüht, Entwarnung zu geben. Der Weg aus der Krise wird auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn wir erwerbsfähige Langzeitarbeitslose effizient und dauerhaft in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. Mit der auf breiter politischer Basis abgestimmten Strukturreform der Job-Center hat die christlich-liberale Koalition hierzu eine gute Grundlage geschaffen. Damit das Konzept im Interesse der Langzeitarbeitslosen die erwartete Wirkungskraft schnellstmöglich entfalten kann, gilt es, die bislang erreichte Qualität der Aufgabenerledigung zu sichern und weiter zu optimieren. Damit dies gelingen kann, bedarf es in der Job-Vermittlung auch gut ausgebildeter und hoch motivierter Fachkräfte. Diesen geben wir mit der Entfristung eine verlässliche Beschäftigungsperspektive. Nicht zuletzt ist es auch diesen engagierten Mitarbeitern vor Ort zu verdanken, dass Deutschland bei den Arbeitslosenzahlen trotz Wirtschaftskrise derzeit europaweit einen Spitzenplatz einnimmt.“

Zitat

«Solche Programme sind zu loben und nicht zu zerreden.»

(Der scheidende hessische Ministerpräsident Roland Koch am Mittwoch beim CDU-Wirtschaftsrat in Berlin zum geplanten Sparpaket der Bundesregierung.)

Persönliche Notizen

1. Die Diskussion ums Sparpaket: ein erster, weitgreifender Erfolg unserer Koalition, zeigt auch hier, dass das Regierungsleben in Berlin immer noch aus sichtbaren Kompromissen besteht. Der Ausstieg aus dem süßen Schuldengift ist bitter nötig und mit Entzugsschmerzen begleitet. Absolut notwendig, aber nicht balanciert am oberen Ende der Einkommensskala. Auch hätte ich mir eine stärkere Beteiligung der Verursacher der BANKEN-Krise gewünscht. Wir arbeiten ja noch daran.

2. Ein ganz heißes Thema in unserer Fraktion war die geplante Kürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate oder gar der völlige Ausstieg aus der Wehrpflicht! Wer hätte sich das vor einem Jahr vorstellen können? Hier zeigt sich ganz deutlich, dass wir, nicht nur die Union, es über viele Jahre versäumt haben, unsere Außen- und Sicherheitspolitik kritisch zu bilanzieren und die Streitkräfte gemäß unseren sicherheitspolitischen Interessen und möglichen Bedrohungsszenarien zu organisieren.

Stattdessen war die Bundeswehr Steinbruch für andere Haushalte und ist über die Jahre eine bürokratische, verschachtelte Behörde geworden und zugleich chronisch unterfinanziert. Kein Wunder, dass Minister zu Guttenberg nun den Befreiungsschlag wagt und die Politik vor die Entscheidung stellt: entweder moderne schlanke gut ausgestattete Wehrpflichtarmee - also keine Einsparungen oder eine erheblich verkleinerte 150.000 Köpfe umfassende Freiwilligenarmee.

Das Ergebnis ist nicht mehr offen, die Bundeswehr muss, wie viele andere Bereiche, rund 4 Mrd € einsparen, das geht nur mit drastischer Umorganisation. Die Wehrpflicht ist nicht der Markenkern der Union, sondern eine interessen- und werteorientierte Sicherheitspolitik für unser Land. Ich hoffe, dass die Wehrpflicht dabei künftig noch eine Rolle spielt.

3. Diese Woche habe ich meine 6. und 7. Rede gehalten, zum innovativen Europäischen Auswärtigen Dienst (abrufbar unter http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/_v f 514 de/od_player.html?singleton=true&content=650581) für ein modernes, effizientes Europa sowie zur Verbesserung unseres Afghanistan-Einsatzes. Die heutige Rede (ca. 14.20 Uhr) kann dann ab Montag auf www.roderich-kiesewetter.de abgerufen werden. Es gibt also auch noch andere Themen neben den vielen "Rettungspaketen".

4. Es macht mir immer wieder Freude, wenn ich in Berlin Besuch aus dem Wahlkreis bekomme. Diese Woche waren es besonders viele Schulklassen:

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

vom Hellenstein-Gymnasium Heidenheim, der Eugen-Bolz-Realschule Ellwangen, der Mittelhofschule Ellwangen, dem Werkgymnasium Heidenheim, der Freie ev. Realschule Heidenheim und der Uhland-Realschule Aalen.

Mir gefällt die super Vorbereitung, alle haben klasse Fragen gestellt, manche waren wirklich schwierige Fragen, andere sehr persönlich. Das motiviert mich und baut auf. Zeigt es uns doch auch, wie interessiert unsere junge Generation ist.

5. Unterwegs im Wahlkreis

Ich war bei der landesoffenen Leichtathletikmeisterschaft in Ellwangen, rund 500 Teilnehmer, sogar aus Kenia, waren angereist. Aus dem "alten Aschenplatz" am Waldstadion ist ein schmucker Sportplatz geworden. Mit dem VfR Aalen habe ich mich über den Aufstieg in die 3. Bundesliga gefreut, Glückwunsch und Kompliment, jetzt haben wir mit AA und HDH 1846 zwei Top-Mannschaften in der Bundesliga.

Am 4. Juni habe ich mit MdB Göppel aus Mittelfranken weitere enge Bande zu unseren bayerischen Nachbarn geknüpft. Es geht uns um den Ausbau des Bahnhofs Ansbach als ICE-Halt, um unsere Bahnverbindungen nach Norden erheblich zu verbessern. Aus dem Wahlkreis waren Herr OB Hilsenbek aus Ellwangen, Herr Seidemann vom Regionalverband und Herr Walloschke von der Verkehrsinitiative Ostwürttemberg mit an Bord. Ich halte in Zeiten knappster Kassen den engen Schulterschluss mit unseren bayerischen Nachbarn für ganz wichtig, so wie wir das auch schon mit meinem Kollegen Ulrich Lange aus Donau-Ries in Sachen B 29 begonnen haben.

Das letzte Wochenende stand ganz im Zeichen unserer Freiwilligen Feuerwehr. Unsere beiden Landkreise hatten ihren Kreisfeuerwehrtag, in Ohmenheim, zugleich 175 Jahre FFW Ohmenheim und in Steinheim a.A., zugleich 150 Jahre FFW Steinheim. Herzlichen Glückwunsch für selbstloses, erfolgreiches

Ehrenamt für unser aller Sicherheit. Erfreulich sind Überlegungen bei unserer FFW, aktiv Integrationsarbeit mit unseren ausländischen Mitbürgern angehen zu wollen, das löst sicherlich einige Nachwuchssorgen, trägt aber auch zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

6. Thomas Häfele, Vorsitzender der JU Ellwangen, war zum diesjährigen Workshop Jugend und Parlament in Berlin und hat in diesen Tagen, hinter die Bühne der Bundespolitik blicken und einen Blick in mein Büro werfen können. Es ist klasse, unseren politischen Nachwuchs im „Raumschiff“ Bundestag begrüßen zu können.

7. Die nächsten Wochen bis zur kommenden Sommerpause werden den Bundestag stark fordern, die unvorhergesehene Bundespräsidentenwahl wird entscheidende Weichen stellen und hoffentlich die Koalition endlich beruhigen. Ich hoffe, dass mit den hitzigen Spekulationen der letzten Zeit dem Sommerloch aller Diskussionsstoff bereits entzogen ist.

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kiesewetter